

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Nr. 20 Pf.
Verantwortlicher: Geschäftsstelle Nr. 21 295, Schriftleitung Nr. 14 574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Anknüpfungsteile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingangsbeitrag 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Rechnungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und pressgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 146

Sonntag, 26. Juni

1921

Der neue sächsische Justizminister.

(N.) Landgerichtsrat Dr. Zeigler in Leipzig hat den ihm angetragenen Posten des sächsischen Justizministers angenommen und wird sein neues Amt am 1. August antreten.

Unterstützung des oberschlesischen Aufstandes durch die polnische Armee.

Berlin, 24. Juni. Die deutsche Regierung hat der Vorkonferenz folgende Note übermittelt, die auch den Regierungen in Paris, London und Rom übergeben worden ist. Die deutsche Regierung beehrt sich, anbei eine Zusammenfassung von Nachrichten zu übergeben, durch die erwiesen wird, daß die polnische Armee den Aufstand in Oberschlesien mit allen Mitteln unterstützt. Daraus ergibt sich das zielbewusste Streben der polnischen militärischen Dienststellen in der Weise, die polnische Aufstandsbewegung zu fördern, gleichzeitig aber auch diese, dem Völkervertrag widersprechende und den Bestimmungen der polnischen Regierung entgegengekehrte Tätigkeit nach Möglichkeit zu verschleiern. Bisher konnte die Teilnahme von Angehörigen nachgehender polnischer Truppenteile am Aufstand einwandfrei festgestellt werden: 3. Infanterie-Bataillon 5 (früher Stappen-Bataillon 4), Infanterieregiment 27, Infanterieregiment 38, Infanterieregiment 78, Infanterieregiment 155, Radiotelegraphisches Bataillon 25, Telegraphenabteilung, Mäuseregiment 15. Gejangene jungen aus, daß nach geschlossener polnischer Truppenteile nach Oberschlesien geschickt wurden, von denen das zweite Bataillon Infanterieregiment 27 und eine Kompanie des Mäuseregiments 15 genannt werden. Ferner ist festgestellt, daß in polnischen Truppenteilen Vorgesetzte ihre Untergebenen zur Weidung nach Oberschlesien aufgefordert und sich nicht gescheut haben, den Befehl zum Abmarsch geschlossener Einheiten nach Oberschlesien zu geben, wenn die Zahl der Freiwilligen den Erwartungen nicht entsprach. Leute, die sich freiwillig nach Oberschlesien meldeten, entzogen sich mit Wissen ihrer Vorgesetzten von der Truppe oder erhielten anderweitigen Urlaub. Beim Generalkommando in Polen empfangen solche Leute Zivilkleidung, Geld, falsche Papiere und Nachbescheide. Die Angehörigen der polnischen Armee müssen, soweit sie nicht von der Militärverwaltung in Zivil eingetribet sind, die polnischen militärischen Abzeichen von den Kleidern entfernen. Das Abschleppen der polnischen Grenze nach Oberschlesien vollzieht sich für einzelne Leute geschloffen besetzter Truppenteile und für den Nachschub noch immer ohne Schwierigkeit, obwohl nach den Erklärungen der polnischen Regierung gegenüber den alliierten Regierungen die Grenze völlig gesperrt werden soll. Besonders muß hierbei auf die Tatsache hingewiesen werden, daß nach Aussage eines Angehörigen der 23. polnischen Telegraphenabteilung eine für militärische Zwecke neu angelegte unterirdische Fernsprecherbindung von Danowice nach Oberschlesien besteht. Auf Grund dieser einwandfrei erwiesenen Tatsache ergibt die deutsche Regierung erneut nachdrücklichsten Einspruch gegen die Unterstützung des polnischen Aufstandes in Oberschlesien durch Dienststellen und Angehörige der polnischen Armee. Sie ersucht dringend, daß sie an ihre Regierungen mancher durch geeignete Maßnahmen die endgültige Sperrung der oberschlesischen Grenze sicherstellen und damit den gefährlichen Abtritt polnischer Soldaten und Truppenteile, sowie dem Nachschub über die Grenze ein Ende bereiten. Gleichzeitig darf sie erwarten, daß seitens der verbündeten Regierungen der polnischen Regierung nachdrücklich und wirksam jede fernere, wenn auch nur verschleierte Unterstützung des Aufstandes in Oberschlesien unterjagt wird. Der Note ist eine Reihe von Anlagen beigefügt, die den schließlichen Beweis für die Behauptungen der deutschen Regierung liefern.

Eine öffentliche Rüge für Admiral Sims.

Washington, 25. Juni. Der Marine-Sekretär Denby erteilte dem Admiral Sims für seine englandfreundliche Rede, die er in London gehalten hat, eine öffentliche Rüge.

Die oberschlesische Geiselfrage.

Note der Vorkonferenz.

Berlin, 25. Juni. Dem deutschen Botschafter in Paris ist folgende von Cambon gezeichnete Note der Vorkonferenz übergeben worden: Die Vorkonferenz hat von einer Liste deutscher Geiseln Kenntnis erhalten, die von den Insurgenten in Oberschlesien festgenommen und nach Polen gebracht worden sein sollen. Sie ist in einer Note vom 9. Juni bei der polnischen Regierung vorstellig geworden, um die Freilassung der willkürlich festgenommenen Personen zu erwirken. Die Konferenz hat die Pflicht, die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf die Persönlichkeiten zu lenken, die der Konferenz als in verschiedenen Lagern Deutschlands interniert gemeldet sind und die in der beigefügten Liste namentlich aufgeführt werden. Ich habe die Ehre, Sie namens der Vorkonferenz zu bitten, bei Ihrer Regierung dahin vorstellig zu werden, daß diese alles unternimmt, um die Auslieferung der Geiseln sicher zu stellen. Eine derartige Maßnahme entspricht den elementarsten Regeln der Gerechtigkeit und trägt dazu bei, die Beruhigung herbeizuführen, welche die deutsche Regierung sicher wünscht. Der Note sind zwei Anlagen beigefügt, und zwar eine Liste der in Deutschland internierten Personen, die 73 Namen enthält. Eine weitere Liste enthält die Namen von 44 Personen, die aus Polen stammen, ihren Wohnsitz in Oberschlesien haben, und sämtlich in Rotkäse interniert sein sollen.

Beschlüsse der Reparationskommission.

Paris, 25. Juni. Havas zufolge hat sich die Reparationskommission in ihrer heutigen Sitzung u. a. mit der Ausführung des Artikels 156 des Versailler Vertrages bezüglich der in der Provinz Schantung befindlichen deutschen Güter befaßt und hat endlich auf Grund des Artikels 134 des Friedensvertrages den Wert des deutschen staatlichen Eigentums in den britischen Konzeptionsgebieten von Schameen auf 469 668 Goldmark festgesetzt.

Der Reichstarifvertrag für Bauwesen.

Berlin, 24. Juni. Der vom Reichsarbeitsministerium für die Erneuerung des Reichstarifvertrages eingeleitete Schlichtungsaußschuß hat, wie der Deutsche Baubeamtenverein mittel, einen Schiedspruch gefällt, der folgendes vorsieht: Erhöhung der Steuerzulagen für sämtliche Angestellte, Arbeiter und Bureauarbeitskräfte sowie der Haushaltzulage um 400 M., Steigerung der festen Einkommensbezüge für kaufmännische Angestellte vom 6. bis 15. Berufsjahre um 1000 M., vom 16. bis 20. Berufsjahre um 2000 M., für gewerbliche Angestellte und Arbeiter vom 6. bis 15. Dienstjahre um 500 M., vom 16. bis 25. Dienstjahre um 1000 M. und vom 26. bis 30. Dienstjahre um 2000 M., Erhöhung der Steuerzulagen für Lehrlinge von 1800 bis 2000 M. und der Kinderzulage auf 1000 bez. 1200 bez. 1500 M.

Polnische Kontributionen.

Berlin, 24. Juni. Nach einer Meldung aus Rybnik hat die dortige polnische Aufstandsbefehle wegen der Explosion auf dem Güterbahnhof den deutschen Kaufleuten eine Kontribution von 17 000 M. auferlegt. Das Geld soll bis Sonnabend 6 Uhr bezahlt sein. Die Kaufleute haben fünf der wohlhabendsten Kaufleute verhaftet und drohen, sie zu erschießen, falls die geforderten 17 000 M. nicht bezahlt würden. Einer Meldung aus Tarnowitz zufolge hat der dort eingeleitete neue polnische Magistrat die Zahlung einer Kontribution von 2 000 M. zugunsten der Insurgentenarmee verfügt.

Polnisch-italienischer Zusammenstoß.

Oppeln, 24. Juni. Nach hier vorliegenden Meldungen hat sich südlich Cosel in der Nähe von Reimena ein heftiger Zusammenstoß zwischen italienischen Truppen und polnischen Insurgenten ereignet. Einzelheiten fehlen noch. In Rybnik

Das Ende des englischen Kohlenstreiks.

London, 25. Juni. Der „Times“ zufolge steht das Ende des 13wöchigen Kohlenstreiks unmittelbar bevor. Der Vorkonferenzaußschuß der Bergarbeiter hat heute oder morgen eine Zusammenkunft mit den Vertretern der Bergwerksbesitzer und der Regierung.

Britischer Luftdienst von Kairo bis Kameh.

London, 25. Juni. Eine amtliche Londoner Meldung besagt, die britischen Luftstreitkräfte haben einen neuen Luftdienst von Kameh in Palästina bis nach Bagdad eingerichtet, das bedeutet die Ausdehnung des bereits bestehenden Luftdienstes von Kairo bis Kameh.

Der griechisch-türkische Konflikt.

Paris, 25. Juni. Havas meldet aus Ankara: Die kemalistische Regierung hat telegraphisch von Bekir Sam Bey, der sich augenblicklich in Rom befindet, die Nachricht erhalten, daß die großen verbündeten Mächte sich mit der Absicht trügen, den griechisch-türkischen Konflikt auf dem Vermittlungswege zu regeln. Die Nationalversammlung ist unverzüglich einberufen worden. Im Verlaufe der Besprechung der augenblicklichen Lage erklärte der Vorkonferenzaußschuß für auswärtige Angelegenheiten, daß gewisse Angelegenheiten darauf hinweisen, daß die Griechen nicht abgeneigt seien, sich mit einer freundschaftlichen Lösung der anatolischen Frage einverstanden zu erklären. Bei Erwähnung des Eingreifens der Verbündeten erklärte der Vorkonferenzaußschuß für auswärtige Angelegenheiten, es sei ganz ausgeschlossen, eine Lösung anzunehmen, welche die Unversehrtheit der Türkei in nationaler Hinsicht nicht durchaus sicherstellt. Der Schritt der Verbündeten könne ganz ausgezeichnete Ergebnisse zeitigen, aber nur unter der Bedingung, daß bei den Verhandlungen der Geist wahrer Versöhnung walte.

Londoner Kundgebung zur Unterstützung des Völkerbundes.

London, 25. Juni. Heute nachmittags findet im Hyde-Park eine große von der Völkerbundunion veranstaltete Kundgebung zur Unterstützung des Völkerbundes statt. Mit Projektionen, an denen Hunderte von Vertretern fremder Länder in ihren Nationalkostümen teilnehmen werden, werden nach dem Hyde-Park gehen. Von den Rednertribünen im Park werden Reden in 17 Sprachen zugunsten des Bundes gehalten werden. Auch in den übrigen Teilen des Landes werden von 500 Zweigstellen der Völkerbundunion Kundgebungen zugunsten des Bundes veranstaltet. Der Vorkonferenz der Union, Lord Grey, veröffentlicht eine Erklärung, in der die Notwendigkeit der Beibehaltung des Bundes betont wird als wesentliches Werkzeug zur Wahrung des Weltfriedens. Auf dem Esplan der Völkerbundunion, das Mittwoch abend unter Vorsitz Lord Greys stattfindet, werden General Smuts und Lord Robert Cecil Neben halten.

Die Antwort des Königs der Hellenen an die Verbündeten.

London, 25. Juni. „Daily Express“ meldet aus Athen, daß der Minister den Wortlaut der Antwort des Königs an die Verbündeten, die heute überreicht wird, gebilligt hat. Den griechischen Blättern zufolge wird die Antwort die Erklärung enthalten, daß die Regierung auf keinen Fall dem Abbruch oder einer Verschlebung der militärischen Aktion gegen die türkischen Nationalisten zustimmen werde. Die Fassung der Antwort wird die Übermittlung der in Paris aufgestellten Bedingungen der Verbündeten unwahrscheinlich machen.

Ein Wendepunkt in Oberschlesien.

Es unterliegt namentlich keinem Zweifel, daß die von der Regierung entsandte Kommission nach Oberschlesien, die von Mitgliedern der Koalitionsparteien begleitet war, die Aufgabe hatte, die Verhandlungen zwischen dem englischen General Dreneder und dem Führer des deutschen Selbstschutzes General Hoefler zu fördern. Die Kommission konnte nämlich, nach Berlin zurückgekehrt, den Bericht mitbringen, daß nunmehr zwischen General Dreneder und General Hoefler ein Übereinkommen über die Räumung erzielt worden ist. Nach dem Bericht der Kommission ist diese Vereinbarung für den deutschen Selbstschutz außerordentlich günstig, denn sie legt zunächst den Ausführeern die Räumung auf, während der Selbstschutz sich erst dann zurückziehen hat, wenn die Ausführeer der Aufforderung zur Räumung bestimmter Zonen nachgekommen sind. Und erst dann soll sich der deutsche Selbstschutz auflösen, wenn sie sich bis zur Grenze zurückgezogen haben und das Gebiet von englischen Truppen besetzt worden ist. Die Engländer haben die Absicht, das von den Ausführeern und vom deutschen Selbstschutz besetzte Gebiet zu schützen und dafür zu sorgen, daß innerhalb acht Tagen ganz Oberschlesien von jeder Aufstandsbewegung frei ist. Viele von General Dreneder übernommene Verpflichtung ist außerordentlich wichtig und wertvoll. Die deutsche Kommission vertritt die unbedingte Ansicht, daß man sich auf General Dreneder verlassen könne und demnach erdlich Anfang Juli die Stunde kommt, da die erste schwierige Frage im oberschlesischen Konflikt gelöst ist. Im übrigen deuten auch alle Meldungen aus Oberschlesien daher, daß man sich auf die Befreiung rüht. Schon jetzt ist der Verkehr mit zahlreichen Städten, die Wochen hindurch völlig von der Außenwelt abgeschnitten waren, aufgenommen worden. Und heute liegen die ersten Berichte vor, daß sich die Ausführeer in der ersten Zone zurückziehen beginnen, während der deutsche Selbstschutz in Verfolg der Abmachungen mit General Dreneder sich auf seine rückwärtigen Stellungen begibt.

Das ist endlich ein Wendezeit in der traurigen Zeit, die Oberschlesien erlebt hat. Ein Lichtblick, der unbedingt auf die Aufrechterhaltung des General Hoefler und der Festigkeit des deutschen Selbstschutzes zurückzuführen werden muß. Gewiß mag die Regierungskommission ihren Teil zu der Befreiung beigetragen haben, aber es ist unverkennbar, daß General Hoefler derartige Bedingungen, wenn sie ihm früher gestellt wurden, angenommen hätte. Die Vorkonferenz des englischen Oberkommandierenden bedeutet endlich das Aufdämmern des Verhältnisses für die Aufgabe des deutschen Selbstschutzes und können schließlich überein mit jenen Erklärungen, die Lord George wiederholt abgegeben hat. Es übertrifft in seiner Weise, daß die Franzosen hierbei ganz ausgeschlossen werden und laienlos bleiben. Kom Bericht aus Oberschlesien ist die englische Delegation fast genau, um die Säuberungsaktion allein durchzuführen und die Belegung kraftvoll vorzunehmen. Immerhin verdienen jene Stimmen Beachtung, die infolge dieses englischen Vorgehens auf deutsche Wille einen neuen Konflikt zwischen den Franzosen und Engländern ankündigen. Selbstverständlich werden die Franzosen wenig von diesen englischen Maßnahmen erbaut sein und in letzter Stunde versuchen, ihrerseits die Säuberungsaktion zu verhindern. Man ist aber in Oberschlesien davon überzeugt, daß sich die Engländer nun nicht mehr von den Franzosen beirren lassen, sondern im Ansehen des englischen Vorkonferenz zu Taten übergehen. Jedenfalls vermutet man nicht unrichtig, wenn man in der Vereinbarung des General Dreneder einen Wink aus London sucht, es steht ohne Zweifel, daß Wille Juli der Oberste Rat die oberschlesische Frage erörtern wird und daß Lord George bestrebt ist, bis dahin die Anführerschaft zu beilegen, um schließlich nur die Entscheidung darüber zu haben, wie die Zuteilung Oberschlesiens erfolgen soll. Auch in dieser Hinsicht hat sich nicht von der Hand zu weisen Gerüchte, die wiederum eine günstige Stimmung für Deutschland in England erkennen lassen. Engländerseits liegen neue Vorschläge vor, die durchaus der Erwägung wert sind. Sie gehen dahin, daß Deutschland und Polen in direkte Verhandlungen zur De-